

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SW. 16
Königsplatz 15 (Redakteur E. Dittmer)
Sprechstunde: Amt Morihplatz 3105/06

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags
Bezugspreis: vierteljährl. durch die Post mit wöchentl.
Beilage „Die Sanitätswarte“ (ohne Bestellgeld) 6 Mf.

Das Arbeitslosenproblem und die deutschen Gewerkschaften.

Wir haben an dieser Stelle wiederholt zum Arbeitslosenproblem Stellung genommen und u. a. in Nr. 10 der „Gewerkschaft“ die zehn Forderungen des ADOB. im Wortlaut veröffentlicht.

Nach unserer Ueberzeugung hat auch der Vorstand des ADOB. das Menschenmögliche getan, um die Regierung zu veranlassen, für die Beschäftigung der Arbeitslosen bessere Wege zu tragen. Wenn trotzdem in den Mitgliedskreisen der Gewerkschaften oftmals eine berechtigte Unzufriedenheit über den langsamen Fortgang dieser Verhandlungen bemerkbar ist, so ist das besonders dadurch erklärlich, daß jeder vernünftige Mensch sich sagen muß, es ist ein himmelfreudiger Versuch, wenn uns allen auf der einen Seite Wohnung, Heizung und viele andere Gebrauchsgegenstände fehlen, und auf der anderen Seite Hunderttausende feiern müssen, die gern der Herstellung dieser Dinge teilnehmen würden.

Aber diese allgemeine politische Erwägung, so richtig sie ist, hilft uns keinen Schritt weiter, und es gilt zu untersuchen, wie das Arbeitslosenproblem besser als bisher einem günstigen Zustand nähergeführt wird; denn die Arbeitslosigkeit völlig zu beseitigen ist uns innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft leider nicht möglich. Das ist auch einer der Gründe für jeden einsichtigen Sozialpolitiker seit langem gewesen, die Notwendigkeit einer sozialistischen Bedarfswirtschaft anzuerkennen, trotz angeblicher „schlechten Erfahrungen“, die mit dieser Gemeinschaft gemacht sein sollen.

In Wirklichkeit ist nämlich niemals in Deutschland eine Bedarfswirtschaft in großzügiger Weise organisiert gewesen, wohl aber hat man uns fälschlicherweise den sogenannten „Kriegssozialismus“, d. h. die Zwangswirtschaft, „sozialistisch“ bezeichnet. Sie ist aus dem volkswirtschaftlich dazu verherrlich wirkenden „Hindenburgprogramm“ entstanden, und dessen Väter waren gerade diejenigen bürgerlichen Parteien, die heute nicht weit genug von dieser Zwangswirtschaft abzurücken können.

Wir halten aber auch das demagogische Agitationsstück von linksradikaler Seite gegen die Arbeitslosigkeit für ebensovienig aufrichtig und hilfebringend, und es scheint uns bei dieser Gelegenheit dringend notwendig, auch unseren Freunden einmal nahe zu legen, sich nicht durch das ewige Klagebettel irreführen zu lassen.

Gerade in Berlin, wo fast 75 000 Arbeitslose vorhanden sind, hat sich bei wochenlangen Verhandlungen und Anhörungen aller Art der sozialistisch-kommunistischen Mehrheitsrat und der Stadtverordneten herausgestellt, sie nicht in der Lage sind, durchgreifende Hilfe den Arbeitslosen anzudeihen zu lassen, und man hat sich in seiner Not an den Staat (Preußen) und Reich gewandt, um wenigstens einige

Widerungen der Arbeitslosigkeit zu erzielen durch Bewilligung größerer Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge und Aufrechterhaltung der erhöhten Sätze, die wiederholt „abgebaut“ werden sollten.

So hart es klingen mag, wir halten es im Gegensatz zu allen politischen Demagogen für unsere Pflicht, noch einmal zu betonen, daß wir der Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung im kapitalistischen Staat nur sehr schwer bekämpfen können. Am allerwenigsten aber kann das geschehen, wenn wir innerhalb der Arbeiterschaft uns gegenseitig mißtrauen und Vorwürfe erheben, als hätte von seiten des ADOB. usw. mehr geschehen können. So haben kürzlich im Berliner Gewerkschaftshaus Tausende von Arbeitslosen vor dem Gewerkschaftshaus demonstriert und den Genossen Knoll vom Vorstand des ADOB. nach den Berichten der sozialistischen Tagespresse in einer Weise behandelt, die ihn (oder den Vorstand des ADOB.) sozusagen als Urheber der Arbeitslosigkeit erscheinen ließ.

Nun wollen wir gewiß nicht rechten mit den in ihrer Not verbitterten Arbeitslosen, die noch dazu von verantwortungsloser Seite mit allen Mitteln in Empörung versetzt worden sind. Wenn man gar dem Kommunistenführer Brandler glauben darf, geht oftmals ehrliche Entrüstung und spiegelprophetische Tätigkeit Hand in Hand. Wir glauben zwar in diesem Fall kaum daran, aber es muß doch in aller Deutlichkeit gesagt werden: Solche „Demonstrationen“ an den Stellen, wo mit Eifer und Aufrichtigkeit für die Arbeitslosen getan wird, was irgend geschehen kann, wirken wahrlich nicht zum Bessern!

Wir sind ja in der Gesundung der deutschen Arbeiterschaft jetzt immerhin so weit, daß man ohne großen Widerspruch zu finden feststellen kann, daß uns wohl nichts so schwer geschadet hat, als die ewige gegenseitige Beschuldigung über den „Arbeiterverrat“. Nein! Mit Phrasendunst kann man volkswirtschaftliche Probleme nicht lösen; das wissen allgemach die gewerkschaftlich geschulten Arbeiter, und darum ist dieser Rückfall in die Zeit der Demonstrationen an falscher Stelle kein erfreuliches Zeichen.

Will man dem Problem der Arbeitslosigkeit näherkommen, so muß zunächst festgestellt werden, was ist.

Nach den Feststellungen des Reichsamts für Arbeitsvermittlung hatten die folgenden Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern am 14. Mai folgende Arbeitslosenziffern aufzuweisen: Bremen 716, Breslau 7418, Chemnitz 3669, Dortmund 53, Dresden 10 085, Düsseldorf 1079, Essen 315, Frankfurt am Main 2679, Hamburg 21 573, Hannover 2637, Köln 2167, Königsberg 4778, Leipzig 12 220, Magdeburg 3298, Mannheim 1024, München 10 216, Nürnberg 2524, Stettin 1887, Stuttgart 2898, insgesamt 80 238 Arbeitslose. Aus diesen Ziffern erhellt zunächst die eine Tatsache, daß das Arbeitslosenheer sehr ungleichmäßig über Deutschland verteilt ist und daß z. B. Berlin fast allein so viel Arbeitslose besitzt (72 000),

als all die übrigen Großstädte Deutschlands zusammen. Nun ist bekannt, daß die Bautätigkeit Berlins aus verschiedenen Gründen noch immer ganz daniederliegt, während in den Provinzstädten es sich seit einigen Monaten auf dem Bauplatz wieder regte. Würde es also gelingen, die Bautätigkeit in Berlin, Hamburg und München zu heben, so könnte die Arbeitslosenziffer mit einem Schläge gewaltig gesenkt werden.

Statt dessen ist kürzlich bekannt geworden, daß allein in der Provinz Brandenburg über 30 000 Polen mit Zulassungsscheinen versehen worden sind, weil keine deutschen Arbeitskräfte unter so unwürdigen Wohnungsverhältnissen usw. hausen können, wie sie ihnen von den Arbeitgebern auf dem Lande zugemutet werden. Also auch hier ist letzten Endes die fehlende Bautätigkeit Ursache, daß wir der Arbeitslosigkeit so schwer beikommen.

Dies aber ist nur eine einzige Seite des ach so vielgestaltigen Problems, und wir können nur allen denjenigen, die mit einem fertigen Rezept in der Tasche die Arbeitslosigkeit von heute auf morgen zu beseitigen glauben, als Charlatane, also als Nichtswisser, kennzeichnen, die sich nicht mit der nötigen Sorgfalt in die Aufgabe vertieft haben, sondern denen auch sogar die Arbeitslosen nur ein Mittel für ihre parteipolitischen Bestrebungen sind, zum Schaden der Arbeitslosen selber!

Eine Sachdarstellung über die Bemühungen des ADGB, den Arbeitslosen zu helfen, wird uns zur Verfügung gestellt. Wir entnehmen hieraus zur Information unserer Mitglieder das Folgende:

„Bekannt sind die 10 Forderungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die der Bundesvorstand am 26. Februar 1921 der Reichsregierung unterbreitete, sowie die unbefriedigende Antwort des Reichszänglers Fehrenbach darauf. Natürlich konnten die Vorstände der Spitzenverbände sich mit diesem Bescheide nicht zufriedengeben, und es kam zu weiteren Verhandlungen im Reichspostministerium und im Reichsverkehrsministerium. Es ist hervorzuheben, daß besonders der Verkehrsminister Gröner sich ernstlich darum bemühte, daß bei der Auftragserteilung den Forderungen der Gewerkschaften Rechnung getragen würde.

Das Verkehrsministerium hatte im ganzen für 16 Milliarden Mark Aufträge zu vergeben, dabei die meisten auf rollendes Material, Lokomotiven und Waggons. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich ein geschlossener Widerstand des Verbandes der Lokomotivfabrikanten dagegen, daß auch Aufträge an Betriebe vergeben würden, die dem Verbands nicht angehören. Ähnlich ging es bei Vergabe von Aufträgen für die Waggonsfabrikation. Bezüglich der anderen Aufträge, bei denen dem Reichsverkehrsministerium keine geschlossenen Unternehmerverbände gegenüberstanden, ging die Sache besser. Es wurde die Frage beraten, ob entsprechend dem Verlangen der Gewerkschaftsvertreter, daß an einer Zentrale, d. h. an dem Sitz des Verkehrsministeriums in Berlin, eine Kommission von Gewerkschaftsvertretern gewissermaßen als Beirat bei der Auftragsvergabe eingesetzt werden sollte, und weiter in dem Sitz einer jeden Eisenbahndirektion eine Kommission, die mit den jeweiligen Generaldirektionen die Frage der Art und des Umfangs der Auftragsverteilung beraten sollte.

Die Gewerkschaften hatten einen Vorschlag eingereicht über die Tätigkeit dieser Arbeitervertretungen. Man verständigte sich auf die Aufstellung von Richtlinien. Aus diesen ist hervorzuheben, daß beim Reichsverkehrsministerium eine Kommission eingesetzt werden sollte, bestehend aus fünf Vertretern des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, zwei des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ (christlich) und je einem Vertreter des „Gewerkschaftsringes“ (Hirsch-Dunker) und des „Allgemeinen freien Angestelltenbundes“. Diese Kommission sollte herangezogen werden zur Mitberatung bei der Durchführung der Forderungen 1 bis 4 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die von der sofortigen Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten, der Vergabe dieser Aufträge, der Umstellung von Betrieben und der Erklärung der betreffenden Arbeiten zu Notstandsarbeiten handeln. Die Vertreter der Gewerkschaften sollten ferner ständig auf dem laufenden gehalten werden über die vorliegenden Arbeiten, um u. a. auch bei der Beschaffung von Arbeitskräften mitwirken zu können, außerdem bei der allgemeinen Regelung der Auftragsverteilung. Den Vertretern der Gewerkschaften sollte auch das Recht zustehen, an sie gelangende Beschwerden vorzutragen. Ähnliche Vertretungen waren für jeden Eisenbahndirektionsbezirk vorgesehen, und die Direktionen sollten verpflichtet

sein, die Vertreter nach Bedarf, mindestens aber monatlich zur Beratung zusammenzuberufen. Solche Zusammenkünfte sollten auch dann stattfinden, wenn sie von der Gewerkschaftsvertretung beantragt würden. Die Eisenbahndirektionen sollten verpflichtet sein, den Gewerkschaftsvertretern einen vollständigen Ueberblick über die vorliegenden Arbeiten und Erfahrungen aller Art zu geben, mit ihnen über die Maßnahmen zu beraten, wie die sofortige Inangriffnahme möglichst vieler und umfangreicher Arbeiten zu verwirklichen ist. — Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände sollten innerhalb 10 Tagen dem Reichsverkehrsministerium die für einzelnen Eisenbahndirektionen ernannten Gewerkschaftsvertreter mitteilen.

Diese Richtlinien riefen jedoch den Widerstand der Unternehmer auf den Plan. Sie wollten anfangs den Arbeiterorganisationen durchaus keinen Einfluß auf die Regelung der Arbeitsbeschaffung einräumen. Schließlich aber kam es doch so, daß die Arbeitgeber sich mit der Bildung der genannten Kommission absanden.

Die Kommission, die beim Reichsverkehrsministerium im Januar zum ersten Male am 1. Juni zusammen. Der Vertreter des Verkehrsministeriums gab einen Situationsbericht, wobei zum Ausdruck kam, daß die Arbeitslosigkeit im allgemeinen noch weiter genommen habe. Es habe jedoch sich im Baugewerbe eine lebendigere Tätigkeit gezeigt, während sich in der Metall- und in der Textilindustrie die Arbeitslosigkeit noch weiter vergrößert habe. Dies möglicherweise auf die Kohlenknappheit zurückzuführen, nachdem da die obereschleifische Rohle vollständig fehle. Es wurde weiter berichtet, daß mit Rücksicht darauf, daß Lokomotiven 6 bis 8 Monate vor ihrem Liefertermin bestellt werden müssen, die in 6 bis 8 Monaten zu liefernden Lokomotiven inzwischen alle bestellt sind, daß im Laufe des Spätsommers weitere Bestellungen erfolgen werden für im nächsten Frühjahr zu liefernde Lokomotiven. Entsprechend dem Verlangen eines Arbeitervertreters soll eine Spezialkommission über den Umfang der den einzelnen Firmen erteilten Aufträge gestellt und den Mitgliedern der Zentralkommission mitgeteilt werden. Bezüglich der Ausführung von Reparaturen an Lokomotiven und Waggons erklärte der Vertreter des Verkehrsministeriums, daß die Zahl der auszuführenden Reparaturen geringer werden und Werkstätten der Eisenbahn die Ausführung von Reparaturen an Vollbeschäftigung übertragen sollten. Zurzeit sind 119 Privatbetriebe mit Reparaturen von Lokomotiven und 228 Reparaturen von Güter- und Personenwagen aller Art beschäftigt.

Sodann wurde berichtet, daß man bezüglich der Ausführung von Bauarbeiten, auf die das Verkehrsministerium sein besonderes Augenmerk gerichtet habe, der Meinung sei, daß sehr vieles getan werden könne, um die Arbeitslosigkeit zu beheben. Hierbei soll es sich mit seiner großen Arbeitslosigkeit besonders berücksichtigt werden. Für die nächste Sitzung ist vorläufig der 6. Juli in Aussicht genommen.

Im Zusammenhange mag noch erwähnt werden, daß der Bundesvorstand des ADGB Ende April bei mündlichen Verhandlungen der Regierung verlangt und auch erreicht hat, daß die erheblichen Wintersätze der Erwerbslosenunterstützung weitergezahlt werden. Man mag die Unterstützung der Erwerbslosen noch so sehr als unzulänglich ansehen; jedenfalls ist sie den Arbeitslosen doch eine Hilfe. Es zeigt sich von neuem, wie sehr die Arbeitslosen unberechtigt sind, daß der Bundesvorstand sich nicht um die Arbeitslosen bemühe. Sodann hat der Bundesvorstand noch bei den beiden sozialdemokratischen Parteien Unterstützung bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gefordert. Die Folge war, daß die Fraktionen der SPD und USPD im Reichstag die betreffenden gleichlautenden Anträge einbrachten. Hierauf sind die Verhandlungen im Reichstag zurückzuführen. Die Anträge wurden einer Kommission überwiesen. Wenn sie noch nicht erledigt sind, so ist nicht die Schuld des Bundesvorstandes.

Dies ist der Gang der Dinge, soweit der Vorstand des ADGB daran beteiligt ist, und es ist zu verstehen, daß dieser Gang der Arbeitslosen zu langsam erscheint. Das ist aber nicht die Schuld der Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenverbände, denn diese haben es an Drängen nicht fehlen lassen, ebenfowenig wie sie der sofortigen Aufmunterung durch die Arbeitslosen bedürfen, damit ihre Bestrebungen nicht erlahmen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Bei alledem dürfen wir jedoch nicht aus dem Auge verlieren, daß die Bemühungen der Spitzenverbände allein noch nicht genügen werden, die Arbeitslosen unterzubringen. Die in Betracht kommenden Genossen müssen ebenfalls zur Hilfe herangezogen werden und zwar mehr als es bisher geschehen ist. — Wo es irgend möglich ist, muß dort, wo noch voll gearbeitet wird, die Arbeitslosigkeit vergrößert werden, entsprechend den Forderungen 6 und 7.

Es ist dringend notwendig, daß die Arbeitsgenossen, die voll beschäftigt sind, ihren arbeitslosen Kollegen das Opfer zeigen. In früheren Zeiten der Arbeitslosigkeit handelte man nur ausnahmsweise so solidarisch. Die Arbeiterchaft muß nun aber zeigen, daß sie auf dem Wege der Solidarität inzwischen weitergekommen ist, sie muß sich zu diesem Opfer verstehen. Unberührt von diesen Maßnahmen bleibt das Endziel der Arbeiterbewegung, die Sozialisierung der Produktion; gegenwärtig handelt es sich jedoch vor allen Dingen darum, der nächsten, größten Not zu begegnen. Wo zu diesem Zwecke die Allgemeinheit und nicht zuletzt das Unternehmertum in Anspruch zu nehmen ist, da muß es auch verständlich ebenfalls geschehen. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände werden es an Bemühungen in dieser Richtung nach wie vor nicht fehlen lassen."

Wir sind natürlich weit davon entfernt, zu glauben, es gäbe noch weitere Wege zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Nur komme man uns nicht mit blutleeren Worten, wie: "Wir müssen zur Aktion vorwärts treiben" usw.

Wer neue Vorschläge zu machen hat, um dem Arbeitslosenproblem beizukommen, soll es sagen. Hier aber wird Vorschlag gemacht, in erheblich größerem Umfange als bisher die verkürzte Arbeitszeit einzuführen, um so weiteren Entlassungen vorzubeugen und andere Arbeitslose einzubringen.

Wohlan, mögen unsere Kollegen in den größeren Filialen prüfen, ob sie diesen Weg gehen können.

Auf dem Verbandstag in Nürnberg 1919 haben wir im Rat über die Sozialisierung darauf hingewiesen, daß ohne den festen Willen unserer Kollegen wir nur sehr langsam der Sozialisierung beikommen könnten. Mit verstärkter Sozialisierung ist aber untrennbar verbunden erheblich gesteigerte Leistungsfähigkeit des Betriebes, um dauernd auch die Privatbetriebe auf den Konkurrenzgebieten auszuskalten. Das ist die weitere Folge haben die weitere Einstellung von Betriebs- und Staatsarbeitern.

Statt dessen spielt man heute wieder in allen Kreisen auf Gedanken des gemischt-wirtschaftlichen Bedenkens, wie wir in Nr. 23 der „Gewerkschaft“ gezeigt haben.

Wir haben bereits über 2 Proz., das heißt etwa 7000 Arbeitslose in den eigenen Reihen, wovon allerdings wohl der erhebliche Teil schon früher in die Privatindustrie übergegangen sein mag. Immerhin ist die Ziffer so erschreckend, daß wir alle Veranlassung haben, der Arbeitslosigkeit in den Gemeinden nachzugehen. Und stehen wir nun seit der neuen Steuergesetzgebung auf die ganze Dignität der meisten Großstädte! Sie loszusagen nur noch „Kostgänger des Staates“, und selbst

das sozialistisch-kommunistische Berlin kann sich nur durch die gewagtesten Steuereperimente über Wasser halten.

Das Arbeitslosenproblem ist seit Ende des Krieges ein Weltproblem. In Amerika sind bis in die jüngste Zeit hinein gegen 5 Millionen Arbeitslose gezählt worden. In England zählte man über 2 Millionen, in Frankreich, Italien usw. gleichfalls Millionen Arbeitslose. In fast all diesen Ländern, wie auch in der Schweiz und Skandinavien, schiebt man der Welt die Hauptschuld in die Schuhe, indem Deutschland den Weltmarkt unterbiete. Würde nun, wie manche wollen, der Weltmarktpreis der Waren auch bei uns durchgesetzt (zum Teil ist er freilich bereits eingeholt), so müßte die Arbeitslosenkurve in Deutschland in einem entsetzlichen Ausmaß steigen!

Hier ausgleichend zu wirken ist u. a. die Aufgabe des neuen Wiederaufbauministers Walter Rathenau und seines gewerkschaftlichen Beirats, des Genossen Silberbach mit dem DGB. . . .

Wir werden auch weiterhin wie bisher Gelegenheit nehmen, für Aufklärung über das Arbeitslosenproblem zu sorgen; andererseits sind die Schwierigkeiten einer durchgreifenden Besserung nicht zu verkennen. Mit der besseren oder schlechteren Wirtschaftskonjunktur schwankt im kapitalistischen Staat auch die Zahl der Arbeitslosen.

Das Existenzminimum im Mai 1921.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im Mai 1921 etwas höher als im Vormonat, aber niedriger als in jedem anderen Monat seit März 1920. Billiger als im Mai 1920 waren vor allem Reis, Hülsenfrüchte, Fette, Fische, Schuhwerk und Kleider, teurer vor allem Kartoffeln, Zucker, Milch. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit waren die Preise selbstverständlich nach wie vor ungeheuer hoch. Brot kostete 11mal soviel wie vor sieben Jahren, Margarine 12mal soviel, Britteis 15mal soviel, Zucker 17mal soviel, Kartoffeln 18mal soviel. Dabei sind die Schleichhandelspreise noch nicht berücksichtigt. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von Mai 1914 bis Mai 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Dreizehnfache. In den vier Wochen vom 2. bis zum 29. Mai wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis Mai 1921	Preis Mai 1914
7600 Gramm Brot	2000 Pf.	185 Pf.
1175 „ Nahrungsmittel	785 „	52 „
935 „ Zucker	748 „	43 „
Zusammen	3533 „	280 „

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 35,33 Mk. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 2,80 Mk. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun im Wochendurchschnitt etwa 6400 Kalorien. Der Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis

Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts.

IV. Die hamitischen und semitischen Völker.

Bei allen Völkern des Altertums bestand nur eine geringe Ober- und untere Schicht aus wirklich freien Menschen; die großen Massen lebten, von herrschenden Kreisen schwer bedrückt, in äußerst dürftigen Verhältnissen. Daneben gab es zahllose Sklaven, die oft noch ärger als die Tiere behandelt wurden.

Heute hat in allen Kulturstaaen jeder Mensch das unbedingte und unveräußerliche Recht, mit aller Kraft und allen gesetzlich erlaubten Mitteln bessere Lebensbedingungen anzustreben. Leider lehrt die Erfahrung, daß die Preise für alle Lebensbedürfnisse sprunghaft ansteigen, wenn das Durchschnittseinkommen sich vermindert, oder die Umlaufsmittel, gleichviel ob diese aus Metall oder Papier bestehen, sich vermehren. Noch sind die Güter der Erde ungleich verteilt. Wenn einst die großen Massen den Wert der Vernunft besser erkennen und höher einschätzen, dann werden sie auch erreichen, daß eine gerechtere Verteilung der Lebensbedürfnisse und der Lebensgenüsse stattfindet. Hier haben die Organisationskräfte der Arbeiter noch ein weites Betätigungsfeld.

Es gab freilich zu allen Zeiten Menschen, die sich nicht von den Tugenden und Leidenschaften, sondern von ihrer Vernunft leiten ließen. So lebte in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts zu Paris ein junger, vermögensloser Beamter, der den wunderlichen

Namen Uz führte. Er hätte gern geheiratet; aber sein Einkommen reichte nicht aus, um eine Frau zu ernähren. Da erwählte er die Natur zu seiner Braut. Seine Geliebte war nicht spröde, nicht prüde, sie enthielt ihm alle ihre Reize. Dafür ist er nicht müde geworden, sie zu besingen in unsterblichen Liedern. Er hat aber nicht nur die Natur gefeiert in begeisterten Gesängen, sondern auch manch anderes schönes Lied verfasst. Ein Gedicht hat mir seit meiner Jugendzeit immer besonders gefallen. Es trägt die Überschrift:

Die Wissenschaft zu leben.

Ein großer, und viellecht der größte Teil des Lebens,
Das mir die Parze zugedacht,
Schlich wie ein Traum der Nacht,
Mit leisen Flügeln hin, und war vielleicht vergebens.
Vergebens stammten mir so vieler Tage Sonnen,
Wenn ich vom Schöpfer aufgestellt,
Als Bürger einer Welt,
Durch eine gute Tat nicht jeden Tag gewonnen.
Wenn ich der Jugend Freund, groß durch die Menschenliebe,
Frei von des Wahnes Tyrannie,
Wahrhaftig, groß und frei
Erst werden soll, — nicht bin — und es zu sein — verache.
Wie wer nach Golde geht, obgleich kein Gold beglückt,
Braucht alle Stunden zum Gewinn
Und kauft nach Bücher hin
Wenn kaum der junge Tag aus weißen Wolken bricht.

10 Jahren beträgt etwa 11 200 Kalorien, der einer Frau etwa 16 800 und der eines Mannes etwa 21 000 Kalorien. Um das Existenzminimum zu berechnen, wird man also für ein Kind von 6 bis 10 Jahren die rationierten Mengen durch Lebensmittel im Nährwert von 11 200 - 6400 = 4800 Kalorien ergänzen müssen. Eine Frau müßte sich zu der so errechneten Nahrungsmenge des Kindes noch Lebensmittel im Nährwert von 5600 Kalorien hinzukaufen, ein Mann darüber hinaus weitere Lebensmittel im Nährwert von 4200 Kalorien. Beschränkt man sich dabei soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 20 Mt., für eine Frau auf 35 Mt., für einen Mann auf 47 Mt. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Mai 1914 für ein Kind 1,80 Mt., für eine Frau 3,02 Mt., für einen Mann 3,87 Mt. Tatsächlich weiß insbesondere Brot damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier daher für die Vorkriegszeit angelegt: Kind 1,75 Mt., Frau 2,80 Mt., Mann 3,50 Mt.)

	Preis Mai 1921	Preis Mai 1914
Rationierte Nahrungsmittel	883 Pf.	70 Pf.
125 Gramm Graupen	70 "	5 "
250 " Speisebohnen	105 "	11 "
8000 " Kartoffeln	330 "	18 "
250 " Büchsenfleisch	390 "	56 "
125 " Margarine	244 "	20 "
Zusammen für ein 6-10jähr. Kind	2022 Pf.	180 Pf.
250 Gramm Haferflocken	140 "	13 "
125 " Graupen	70 "	5 "
125 " Speisebohnen	53 "	5 "
250 " Erbsen	125 "	10 "
1500 " Kartoffeln	165 "	9 "
2500 " Gemüse	500 "	35 "
500 " Salzheringe	160 "	25 "
125 " Margarine	244 "	20 "
Zusammen für eine Frau	3479 Pf.	302 Pf.
500 Gramm Reis	325 "	22 "
250 " Erbsen	125 "	10 "
125 " Speck	425 "	20 "
250 " Salzheringe	80 "	13 "
125 " Margarine	244 "	20 "
Zusammen für einen Mann	4678 Pf.	387 Pf.

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Britetts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wohnbedarf für Wohnung 9 Mt. (1913/14: 5,50 Mt.), für Heizung 17,60 Mt. (1,15 Mt.), für Beleuchtung 7,50 Mt. (0,75 Mt.). Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 27 Mt. (2,50 Mt.), Frau 18 Mt. (1,65 Mt.), Kind 9 Mt. (0,85 Mt.).

Indes die halbe Welt vom sanften Schlaf umflogen,
In bleicher Dämmerung Stille träumt,
Hat jener ungesäumt
Schon Gelder angelegt, schon Zinsen abgezogen. —
Wie lang herrscht überall der Torheit alter Glaube,
Als könnten wir uns nicht erfreuen,
Nicht weiß und glücklich sein
An einem jeden Stand, in Purpur, wie im Staube. —
Auf Blumen seh' ich hier den armen Landmann liegen,
Den ein gepachtet Feld
Nur kümmerlich erhält;
Auf seiner braunen Stirn lacht ruhiges Vergnügen.
Indessen sein Tyrann, der jeden Tag bereut,
Sich um das Leben selbst betrügt
Und immer unvergnügt,
Reich, — aber hung'ig stets nach größerem Reichtum gähnet.
Wir leben niemals heut, wir schieben auf zu leben,
Bis einst ein günstiges Geschick,
Uns ein erträumtes Glück,
Nach Vorschrift unseres Plans und Eigensinns gegeben.
Doch Clotho wartet nicht, bis wir genug erlangen,
Und wenn sie uns zur fühlen Gruft
Und in die Stille ruft, —
Dann haben viele kaum zu leben angefangen. —
Wie schon erwähnt, besteht noch heute eine wesentliche Ungleichheit des Besitzes; aber zu keiner Zeit und bei keinem Volke kommt

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Reinigung, Fahrgehd, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	47,— Mt.	82,— Mt.
Wohnung	9,— "	9,— "
Heizung, Beleuchtung	25,— "	25,— "
Bekleidung	27,— "	45,— "
Sonstiges	32,— "	48,— "
Mai 1921	140,— Mt.	209,— Mt.
April 1921	137,— "	204,— "
Mai 1920	177,— "	267,— "
August 1913/Julii 1914	16,75 "	22,30 "

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestlohn für einen alleinstehenden Mann 21 Mt., für ein kinderloses Ehepaar 35 Mt., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 47 Mt. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 7300 Mt., für ein kinderloses Ehepaar 10 900 Mt., für das Ehepaar mit zwei Kindern 14 850 Mt.

Vom letzten Vorkriegsjahre bis zum Mai 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 Mt. auf 140 Mt., d. h. auf das 8,4fache für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 Mt. auf 209 Mt., d. h. auf das 9,4fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 Mt. auf 285 Mt., d. h. auf das 9,9fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt 10 bis 12 Pf. wert.

Dr. R. Kuczynski

Die Kosten des Ernährungsbedarfs im Monat Mai.

Neben den regelmäßigen monatlichen Berichten des Statistischen Amtes Dr. Kuczynski hatten wir in der Nr. 9 der „Gewerkschaft“ einen längeren Artikel mit graphischen Darstellungen über das Verhalten des Wocheneinkommens zum Existenzminimum gebracht. In anschaulicher Weise wurde damit gezeigt, wie weit wir noch von dem Ziel eines Einkommens entfernt sind, das uns ein Leben in der Vorkriegszeit ermöglichen würde. Wir geben hier nachfolgend in Ergänzung des Vorstehenden den Bericht von einem anderen Fachmann, dem Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Dr. Silbergleit, Raum, um zu zeigen, daß sich wohl die Kosten des Ernährungsbedarfs um ein geringes gesenkt haben, daß sich aber auch durch die Aufhebung des Zwangsbewirtschaftung (Rationierung) von Fleisch und Fett die Art der zur Erhaltung der Arbeitkraft notwendigen Nahrungsmittel verschlechtert hat. Zu seinen Berechnungen sagt Dr. Silbergleit:

I. Ernährungsbedarf des Mannes. Der Mai ist durch den völligen Ausfall von Fleisch und Fett bei öffentlichen Zuteilung gekennzeichnet. Die Rationierung war

es so scharf zum Ausdruck, wie bei den semitischen Babyloniern, Assyriern und Phöniziern und den hamitischen Ägyptern des Altertums, denn außer den herrschenden Kreisen waren die Priester- und Kriegerkaste fast einzig und allein nicht nur im Besitz der materiellen Güter, sondern auch aller Künste und Wissenschaften.

Unterhalten wir uns nun von diesen Völkern, bei denen sich die erste Morgenröte höherer Kultur bemerkbar macht. — Durch Erfindung und Weiterbildung der Sprachen und durch religiöse Vorstellungen hat sich der Mensch weit über alle anderen Lebewesen erhoben. Herder, der zur Zeit Goethes Generalsuperintendent in Weimar war, sagt in seiner preisgekrönten Schrift: „Ueber den Ursprung der Sprachen: „Der Mensch hat die Sprache selbst geschaffen, sie ist göttlichen, sondern menschlichen Ursprungs.“ Und Wilhelm von Humboldt schreibt in seinem berühmten Werk über die Verhältnisse des menschlichen Sprachbaues: „Sprache ist das bildende Organ der Gedanken, das heißt, ohne Sprache keine Gedanken, der menschliche Gedanke wird erst durch die Sprache.“ —

Es liegt tief in der menschlichen Natur begründet, zu suchen die Ursache aufzufinden. Der Urmensch konnte sich nur durch Naturerscheinungen nicht erklären, glaubte deshalb an höhere Mächte und dachte darüber nach, wie er deren Gunst erwerben konnte. Er wurde durch die Wechselwirkung von Sprache und Gedanken zum Mensch erst zum Menschen. —

Die ältesten Völker, welche uns schriftliche Ueberlieferungen hinterlassen haben, sind, außer den Ameriern, die Hamito-Semiten. Es sind dies die alten Ägypter an den Ufern des Nils im

auf Mehl, Brot und Zucker beschränkt. Die Folge ist das Herabfallen des Fettanteils auf einen ganz geringen Bruchteil und weiterhin der Rückgang des Gesamtwärmewerts der Rationierung auf einen seit Bestehen unserer Ermittlungen noch nicht dagewesenen niedrigen Betrag von 6500 Kalorien. Dementsprechend stellte sich der Gesamtpreis für die wenigen noch rationierten Lebensmittel wöchentlich nur 8,69 gegen 13,60 M. im April dieses Jahres. Die bezeichneten Verhältnisse erforderten naturgemäß den Ersatz der bei der Rationierung in Fortfall gekommenen Lebensmittel durch den Kauf im freien Handel. Für Fleisch wurde nur die Menge angeschlossen, die schon in den Anfängen der Rationierung die Regel bildete. In ähnlicher Weise mußte für den fast vollständigen Ersatz der ausfallenden Fettkörper durch den freien Handel Sorge getragen werden, wobei dem Grundsatz möglicher Wohlfühlheit durch die in diesem überwiegendem Umfange erfolgte Heranziehung von Margarine entsprochen worden ist, so daß die Butter aus unserer Aufstellung diesmal gänzlich fortgeblieben ist. Im übrigen erfolgte die Beschaffung in gleicher Art und in gleichen Mengen wie im Vormonat. Für das Gesamtbudget war es von nicht unwesentlichem Einfluß, daß städtisches Fleisch, d. h. solches mit behördlicher Preisbegrenzung, nicht mehr, wie es noch im vorigen Monat der Fall war, im freien Handel zu haben war. Indessen wurde dieser Ersatz durch die bei einer Reihe von Lebensmitteln zustandgekommene Preisentlastungen noch etwas mehr als ausgeglichen, so daß der gesamte wöchentliche Kostenbedarf von 55,46 M. im vorigen Monat auf 54,85 M., d. i. um 0,61 M. oder 1,10 Proz., zurückgegangen ist. Vergleichlich mit der um etwa 1 1/2 Jahre zurückliegenden Zeit zwischen Mitte Juli und Mitte August 1919, dem Ausgangspunkt unserer Berechnungen, wo sich die wöchentlichen Kosten des Ernährungsbedarfs auf 26,55 M. belaufen hatten, bedeutet der Mai 1921 eine Verteuerung um 28,30 M. oder 106,59 Proz. II. Ernährungsgesbedarf der Familie. Rechnet man den Kalorienbedarf der Frau nur zu 4 Fünfteln des männlichen, so gelangt es, hinsichtlich der unterschiedslosen Rationierung den Etat der notwendigen Lebensmittel auf der Grundlage möglicher Wohlfühlheit aufstellen durch eine dreimal so starke Heranziehung der Hasefleisch, durch die doppelte Inanspruchnahme von Rindfleisch, Kartoffeln, Gemüse und Fisch. Bei Margarine genügte schon ein Zuschlag von rd. 70 Proz., während die übrigen Nahrungsmittel überhaupt eine Erhöhung gegenüber den Sätzen für den Ernährungsbedarf des Mannes zu erfahren brauchten. Das Ergebnis ist ein Wochenbedarf von 98,57 M. gegen 99,13 M. im Vormonat, eine Abnahme also um 0,56 M., d. i. um 0,57 Proz. Auf die nach der Beschaffungsart gebildeten Gruppen verteilen sich die wöchentlichen Ausgaben des Ernährungsbedarfs in der Weise, daß der freie Handel mit 81,19 M. 82,37 Proz. des gesamten Ernährungsbedarfs deckt, während auf die Rationierung 17,38 M. oder 17,63 Proz. entfallen. Dem Hinzutreten eines 7—12jährigen Kindes, für welches wie bisher nur 50 Proz. des für den männlichen Erwachsenen in Ansatz gebrachten Kalorienbedarfs berechnet werden sollen, konnte infolge der unterschiedslosen Rationierung, sowie der Belieferung der

7—12jährigen Kinder mit Milch und je einer Sonderportion Zucker und Zwieback der nichtöffentliche Verkauf ebenfalls unberücksichtigt bleiben. Der Kostenbedarf stellt sich insgesamt auf 120,46 gegen 120,84 M. im Monat April, diesmal sonach um 0,38 M. weniger. Das Vorhandensein der Frau läßt somit nach den Verhältnissen des Mai 1921 die Kosten für den Ernährungsbedarf des Mannes von 7,83 M. je Tag auf 14,08 M., d. i. um 6,25 M. oder 79,8 Proz., ansteigen. Beim Hinzutreten eines 7—12jährigen Kindes findet eine Erhöhung auf 17,21 M., d. i. auf etwas mehr als das Doppelte gegenüber dem einzelnen Manne statt, während sich die Steigerung gegenüber der Familie ohne Kinder auf 3,13 M. täglich oder 22,2 Proz. beläuft.

Staatsarbeiter

Der Reichsminister der Finanzen erteilt am 6. Juni unter I. B. 58 370 zum Antrag vom 26. Mai 1921 folgende Verfügung: „Der den Bahnmännschaften, Aufsehern und Oberaufsehern in den Befangenenlagern durch mein Schreiben vom 27. April d. J. — I. B. 55 231 — zugebilligte Lohnzuschlag von 10 Proz. für geleistete planmäßige Sonntagsarbeit kann mit Wirkung vom 1. Januar 1921 ab gewährt werden.“

Aus unserer Bewegung

Gau Halle. Am 5. Juni fand in Gera die Gaukonferenz des Gauess Halle statt, woran sich 25 Filialen mit 28 Delegierten beteiligten. Kollege Pieske leitete die Konferenz. Gauleiter U h d e sprach über „Agitation und Gründung“. Er gab ein Bild über die Ereignisse in letzter Zeit im Gau Halle, hauptsächlich in den Filialen Schleich und Halle. Durch die dunkle Arbeit des Verbandes der Hand- und Kopfarbeiter kam unsere Filiale Halle nahe dem Zusammenbruch. Er rechtfertigte das Verhalten des Hauptvorstandes, daß er den Sitz des Gauess von Jena nach Halle verlegte. Von einer Sonderkonferenz, welche in Gera stattgefunden hat, gab der Koll. U h d e Bericht und bemerkte, daß es nicht immer möglich sei, die Verkehrsschwierigkeiten zu überwinden und allen Wünschen der einzelnen Filialen Rechnung zu tragen. Eine rege Aussprache fand statt, an der sich die Kollegen Kroll, Trautmann und Gauleiter Stierwald beteiligten. Zur Neuerteilung des Gauess gab Kollege U h d e einen Bericht und teilte mit, daß die thüringischen Städte dem Arbeitgeberverband angeschlossen sind und in Zukunft für sämtliche Arbeiter (Gemeinde, Straßenwärter, Pflegepersonal, Lazarette) Tarife abgeschlossen würden. Vom Hauptvorstand sind die Gauess Halle und Erfurt verbunden. Dieses wird von der Gaukonferenz ohne Einspruch angenommen. Ueber den Neuaufschluß des Reichsmanteltarifs sprach Kollege Müntner-Berlin. Trotz dem keine Verbesserungen eintreten sollten und uns Schwierigkeiten vom Arbeitgeberverband gemacht wurden, ist es doch gelungen, wesentliche Verbesserungen in verschiedenen Bestimmungen herbeizuführen. Auch im Schiedspruchwesen wird eine Besserung eintreten; daher hat der Hauptvorstand und Verbandsausschuß unter Hinzuziehung der Gauleiter und der Tarifkommission dem Neuaufschluß zugestimmt. Einige Anfragen wurden vom Kollegen Müntner

den Afrika, und die Babylonier, welche das fruchtbare Land zwischen Euphrat und Tigris in Vorderasien bewohnten. Die Hamitiden haben die Grundlage der Kultur geschaffen, welche dann hauptsächlich die verschiedenen Zweige der arischen Völkerfamilie zur heutigen Blüte erhoben haben.

Von Ägypten und Babylonien wußten wir früher sehr wenig, das was uns ihre großartigen Bauten, Bildhauerarbeiten, sowie die Bibel und einige griechische Schriftsteller erzählt haben. Erst im letzten Jahrhundert ist es den Gelehrten mit unfäglicher Mühe gelungen, die Hieroglyphen-, Prieester- und Volksschrift der Ägypter und die Keilschrift der Babylonier, Assyrer und Perser zu enträtseln, daß wir jetzt ein getreues Bild der Kultur jener alten Völker zu werfen vermögen.

Vor mindestens 8000 Jahren lebten in den Ländern zwischen Euphrat und Tigris, nördlich vom Persischen Meerbusen, die monothematischen Volksstämme der Sumerier und Akkader. Sie bewohnten bereits größere Städte, unter anderem die Stadt U r, Geburtsstadt Abrahams, wie die Bibel erzählt. Ihre Tempelbauten erbauten sie aus an der Sonne getrockneten Ziegeln. Die Schrift dieser Völker ist ein Mittelbild zwischen Alphabet und Keilschrift, sie ist uns, in Tafeln und Zylinder eingegriffen. Ihre Religion bestand aus Manen- und Götterkultus, göttliche Berechnung des Himmels, der Erde, der fünf ihnen bekannten Planeten sowie der Sonne und des Mondes, die sie gleichfalls zu den Planeten zählten. Bronze und Eisen verstanden sie bereits aus Erz zu gewinnen.

Das zwischen Euphrat und Tigris liegende Mesopotamien

ist im Altertum stets ein Durchzugsland der Völker gewesen, und seitdem es Menschen gibt, haben zu allen Zeiten Wanderungen derselben stattgefunden, wie die in neuerer Zeit hier und dort aufgefundenen Erzeugnisse von Menschenhand vielfach beweisen.

In den allerältesten Zeiten lebten die Menschen von Jagd und Fischfang, töteten also das Leben, um zu leben. Später lernten sie, die Tiere zähmen und wurden Nomaden. Wenn die Felder abgegragt waren, brachen sie die Zelte ab und zogen weiter, um ergiebiger Weideplätze aufzusuchen.

So begaben sich schon in sehr früher Zeit von den Indusmündungen her die Hamiten mit ihren Herden auf die Wandererschaft. An den Küsten des Persischen Meerbusens entlang gelangten sie an die Mündungen des Euphrat und des Tigris, die damals noch einzeln ihre Wasser ins Meer ergossen. An den Ufern der Ströme entlang zogen sie ins Land und schlugen dort ihre Wohnstätten auf.

Etwas später folgten ihnen die Semiten auf demselben Wege nach, und durch ihre größere Zahl rissen sie die Herrschaft an sich, die sie aber in der Folgezeit häufig mit sumerischen und chaldäischen Regenten teilen oder sogar ganz an diese abtreten mußten, bis es dem berühmten Hamurabi etwa 1900 vor Christi gelang, auf lange Zeit die Herrschaft in Babylonien mit der Hauptstadt Babylon zu festeln. Von Mesopotamien aus besiedelten die Semiten nach und nach Syrien, Phönizien, Palästina und Arabien.

Ein großer Teil der Hamiten muß schon sehr früh nach den nördlichen Gegenden Afrikas ausgewandert sein, denn bereits 4000 Jahre vor Christi finden wir an den Ufern des Nils eine verhältnismäßig hohe Kultur.

fort beantwortet. Einige Anfragen über die Kollegen **Hedmann** und **Khmann** sowie über die Ruheohnfrage wurden von den Kollegen **Müntner** und **Sierwald** beantwortet und gleichzeitig vom Kollegen **Sierwald** bekanntgegeben, daß im Einvernehmen mit dem Hauptvorstand für den zusammengefügten Gau Erfurt im nächsten Monat eine Gaukonferenz einberufen wird.

Bielefeld. (Land- und Forstwirtschaft.) In Nr. 19 der „Gewerkschaft“ berichteten wir über die Verhandlungen mit dem Magistrat wegen Abschlußes eines neuen Tarifes für die landwirtschaftlichen Arbeiter. Nachdem es damals gelang, einzelne Betriebe, die man der Landwirtschaft nicht gut einverleiben kann, so wie wir dieses bei den vorjährigen Verhandlungen schon betonten, unter den Reichsmanteltarif und Zusatztarif zu bringen, machte man uns bei dem einen landwirtschaftlichen Betriebe besondere Schwierigkeit. Der Oberbürgermeister erklärte, eine Lohnerhöhung für diese Gruppe von Arbeitern nicht mehr zulassen zu können. Die Arbeiter ließen sich mit Worten und Schilderung ihrer besonders guten Lage nicht einschüchtern, sondern hinter ihrem Verband stehend, warteten sie ab. Trotzdem von den geforderten 40 Pf. Stundenlohnherhöhung 15 Pf. nachgelassen wurden, war man nicht bereit, hierauf einzugehen. Die Herren erklärten, daß Lohnverhandlungen mit dem Bezirksarbeitgeberverband, dem Bielefeld angeschlossen ist, auf Grund der von Arbeiterteile gestellten Forderungen zu erwarten seien. Erst dann soll über die Tariffache verhandelt werden. Als dann für den Bezirk abgeschlossen war, rührte sich der Magistrat nicht früher, bis von unserer Organisationsleitung telephonisch und schriftlich die endgültigen Verhandlungen gewünscht wurden. In der Sitzung gestand der Magistrat die geforderten 25 Pf. pro Stunde zu, so daß der Stundenlohn der Kollegen im Alter von über 20 Jahre 3,25 Mk. beträgt. Die Ferienfrage wurde günstiger gestaltet gegenüber dem alten Vertrag. Es erhalten alle Arbeiter über 20 Jahre nach dem ersten Dienstjahre 3 Tage Urlaub, nach dem zweiten Jahre 6 Tage, Ferner wurden die sozialen Einrichtungen, Krankenlohn, Weiterzahlung des Lohnes im Verhinderungsfalle und Wochenfeiertage festgelegt. Diese Bestimmungen sind wörtlich dem Manteltarif und Zusatztarif für den Bezirk entnommen. An unseren Kollegen liegt es darauf zu achten, daß das, was am Verhandlungstisch erreicht wurde, nun auch durchgeführt wird, sowie sie in ihrem eigenen Interesse darauf achten werden, daß die sozialen Einrichtungen nicht mißbraucht werden. Den Kollegen, die Einblick getan haben in die Verhandlungen, wird es klar sein, daß sie nur in einer strengen Organisation ihre wirtschaftliche Existenz sichern können. Mehrere Male ließ der Leiter des landwirtschaftlichen Betriebes durchblicken, daß es richtiger sei, wenn ein loses Arbeitsverhältnis bestände. Auch die Landwirtschaft im Bezirk wollte von einem Verband nichts wissen. Was diese Worte bedeuten, wissen wir nur zu gut. Den Kollegen Landarbeitern rufen wir zu, hattet seht an dem, was ihr erreicht habt durch eure Organisation, denn nur so ist es auch euch möglich, auf diesem Wege weiterzukommen.

Bonn. Die Versammlung der Filiale am 5. Juni nahm nach einer Reihe von geschäftlichen Mitteilungen durch den Kollegen **Küpper** Stellung zu der letzten öffentlichen Versammlung von der christlichen Organisation, in der Bezirksleiter **Horsmann**, **Eslen**, noch einmal das bestätigte, was wir in verschiedenen Versammlungen auf das Verhalten dieser Herren gesagt haben. Die Kollegen **Sport**, **Bonn**, und **Wilbert**, **Düsseldorf**, zeigten der Versammlung, wo sie die Wahrheit zu suchen haben, auch wenn das hiesige Zentrumsblatt einen anderen Bericht bringt. Der Vortrag des Kollegen **Sport** über „Aufbau- und Abbau-Absichten der Arbeitgeber und Unternehmerverbände“ zeigte den Kollegen die Notwendigkeit des festen Zusammenhaltens in der Organisation, damit wir den Aufbauern nach Art eines **Adenauer**, **Köln**, zeigen können, daß wir die Zeiten von 1914 nicht wieder haben wollen. Das achte Rundschreiben der Zentralkasse deutscher **AGB** zeigt so recht die Art der anzuwendenden Mittel. — Der Erhöhung des Kartellbeitrages auf 9 Pf. wurde zugestimmt.

Olgau. Eine bewegte Versammlung hielten am 7. Juni die städtischen Arbeiter ab. Das Thema: „Wie erhalten wir geordnete Zustände in den städtischen Betrieben?“ wurde vom Kollegen **Rudat** behandelt. Er brachte in seinem Vortrag die unerquicklichen Zustände bei der Straßenreinigung und der Feuerwehr, hervorgerufen durch das reaktionäre Verhalten des Inspektors **Heinrich**, zur Erörterung. **Heinrich**, ein ehemaliger Wachtmeister, ein Nonarchist, achtet weder den Tarif noch das Betriebsrätegesetz. Er ist der Herr im Hause. Jede Anregung des Betriebsrats, die Verhältnisse im Betriebe im jetzigen modernen Sinne umzugestalten, den Drill bei der Feuerwehr, den Kasernenton und die Unterordnung unter seine diktatorische Gewalt zu beseitigen, scheitert an der Starrköpfigkeit dieses Despoten. Zwei Brüder **Scholz** sind als Fahrer bei der Feuerwehr beschäftigt. Als dieser Tage der eine **Scholz** seinen Urlaub antrat, befahl **Heinrich** dessen Bruder, diesen zu vertreten. Bei fast 70stündiger Dienstdienst in der Woche und dem dritten Sonntag erst Freiheit, weigerte sich der Befohlene den Dienst am Freilochtag zu machen, weil er sonst gezwungen war, hintereinander Sonntag 24, Montag 24, Dienstag 8 Stunden — 56 Stunden ohne Unterbrechung Dienst zu machen. **Scholz** wurde wegen „Ungehörjam“ vom Inspektor entlassen, trotzdem der Magistrat nur das Recht zur Kündigung hat. Ganz eigenartige Ansichten

entwickelte der Herr bei der Urlaubsfrage. Vor Beginn des Dienstes findet des öfteren eine Ansprache des Herrn statt, in der er nur seinen Ansichten Geltung verschafft. Wegen den Widerstand, daß bei Urlaubserteilung für einen Tag nicht die Nacht dazu gehört, kann man nicht ankämpfen. Bemerkungen über Parteizugehörigkeit gehörig zurückweisen, ist bei der Inspektion mit dem Hinweils: „Wir sind im Dienst, leht spreche icht“ jede Erwiderung abzuschneiden. Ohne den Betriebsrat in Kenntnis zu setzen, habe **Heinrich** eine Besprechung im geheimen mit den Kutschern. Jeder Kutscher ist verpflichtet, außerhalb der Arbeitszeit und auch Sonntags Fahren unentgeltlich zu machen. Auch das Einzelgeizertum im Langsamschritt und in Gruppen für die Feuerwehr ist purem Unsinn, wie der Degernent, Stadtrat **Pfeffer**, zugab. Für die Nachtwagen und Sonntagswagen wird eine Entschädigung von 3, 5 und 8 Mk. gezahlt. Fahren zwei Kutscher nach Sand, müssen zwei Beamte per Rad mitfahren! Bei der Klärgrube am **Wollerswert** hatte ein Kutscher bei der Luftpumpe zu tun, gleich stand neben ihm als Aufpasser **Wachtmeister Hellmich**. Für die beamteten Feuerwehrleute sind Fahrräder vorhanden, die sie auch zu Spaziersfahrten benutzen, für die im Dienst befindlichen Arbeiter in der Feuerwehr (die Feuerwehr war bis 1. April Berufsfeuerwehr, was da ab stehen sie im Arbeitsverhältnis) reicht es nicht, die Leute müssen oft ihre weiten Dienstwege zu Fuß machen. Durch die Saumlässigkeit und Gleichgültigkeit unserer Arbeiterwähler haben wir im Stadtparlament eine überlegene bürgerliche Mehrheit. Diese verlangt die Verringerung des Marktalls, die vollständige Auflösung der Feuerwehr. Massenkündigung der Hausbesitzer wegen der Straßenreinigung dem Magistrat gegenüber stehen in Aussicht. Es ist ein Schlag gegen die städtische Arbeiterkraft und die Hygiene der Stadt. **Kebner** empfahl dem Betriebsrat die Augen ständig offen zu halten, jede tarifwidrige Handlung des Inspektors, jeden Verstoß gegen das Betriebsrätegesetz und die Betriebsräte zu verhindern, wozu die Verbandsvorretung tatkräftig Unterstützung leisten wird. Mit dem Appell, nun endlich unsere Rechte mit aller Energie wahrzunehmen, treu zur Fahne des Verbandes zu halten und die abseitsstehenden Arbeiter zu uns heranzuziehen, schloß **Kebner** seinen Vortrag. Eine lange Debatte, die noch manches Schlaglicht in die dunklen Verhältnisse der Verwaltung lieferte, zeugte von dem ehrlichen Willen der Versammlung, endlich Klarheit zu schaffen. Zur Konferenz nach **Hirschberg** wurde einstimmig **Kollege Rudat** gewählt.

Hamburg. Nachdem die Jahresversammlung beschlossen hatte, Mitgliedervertreterversammlungen einzuführen, beschloß sie sich die erste derselben im April mit den Aufgaben der Mitgliedervertreter. **Kollege Beyer** hielt ein Referat hierzu. Im weiteren Verlauf wurde Bericht erstattet über die Verhandlungen zur Gleichstellung der Lohnbezüge für hamburgische Staatsarbeiter mit den Lohnbezügen der Berliner städtischen Arbeiter. In der zweiten Mitgliedervertreterversammlung am 19. Mai gab **Kollege Weikel** die Abrechnung vom ersten Quartal 1921. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 585 426,79 Mk., die Ausgaben 70 000,78 Mk. Den Ausgaben der Filialkassen von 218 469,97 Mk. steht eine Einnahme von 282 176,06 Mk. gegenüber. Als Filialkassenbestand waren am 1. April 1921 insgesamt 454 547,97 Mk. vorhanden. Die Versammlung beschloß sich sodann mit den über die Nachprüfung der Lohnklassen I und II eingeleiteten Verhandlungen. Das abschließende Resultat wird einer gemeinschaftlichen Zusammenkunft der Verbandsfunktionäre und Betriebsräte unterbreitet. Beides: zugleich der Lohnbezüge Hamburg-Berlin und die Nachprüfung der vorgenannten Lohnklassen, wird in einem besonderen Artikel in der „Gewerkschaft“ besprochen werden. Um zu einer möglichst einheitlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse Hamburg-Bremen-Lübeck zu gelangen, hat eine enger Besprechung zwischen den Verbandsvertretern der drei Hansestädte stattgefunden. Die Hamburg-Filiale wurde mit den weiteren Vorarbeiten beauftragt. Die Besprechung der Betriebskrankenkasse gab Veranlassung zur Besprechung unserer sozialen Einrichtungen im Arbeitsverhältnis. Einmal verfuhrer Mißbrauch derselben soll nach einmütiger Besfassung energisch bekämpft werden. Im Namen der weiblichen Mitgliedervertreter fragte eine Verbandskollegin an, ob in der „Gewerkschaft“ durch eine Frauenode oder durch besondere Abhandlungen allgemeines Wissenswertes für Arbeiterinnen mehr herbeizuführen sei. Das Ergebnis der Neuwahl der Betriebsräte wurde bekanntgegeben. Nachdem im ersten Wahlgang die Arbeitsordnung und die Richtlinien über Einstellung und Entlassung von Arbeitern erledigt, wird die nächste Aufgabe der neugewählten Betriebsratsmitglieder die Vereinbarung von Richtlinien über die Mitwirkung im Betrieb sein müssen.

Potsdam. In einer aufbesuchten Mitgliederversammlung am 6. Juni referierte **Kollege Dittmer** über: „Die deutsche Gewerkschaftsbewegung“. Er schilderte in eingehender, leichtverständlicher Weise die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung, das Entstehen der Zünfte und der Gesellenbewegung, die Entwicklung der Industrie und des Kapitalismus. Auch der Niedergang der Bewegung infolge des 30jährigen Kriege und der Koalitionsverträge, in späteren Jahren unter dem Sozialistengesetz wurden eingehend geschildert. Nach Aufhebung dieses Gesetzes setzte eine markante Aufwärtsentwicklung ein. In den vier Jahren wurde die

Vertragsbewegung viel umstritten, während sie sich heute überall durchgesetzt habe. Weiter schilderte Redner den Gedanken der freien Gewerkschaftsbewegung, beleuchtete dabei die Hirsch-Dunker'schen und die „christlichen“ Theorien. Er gab auch einen Ueberblick über die Gewerkschaftsbewegung der englischen und französischen Arbeiter und machte auf die Unterschiede in der Theorie und Praxis aufmerksam. Er ließ seinen fast zweistündigen Vortrag ausklingen in den Mahnruf, Solidarität zu üben, den politischen Streit in der Parteirena auszuschleichen und den Gewerkschaftsgedanken weiterzutragen bis zur Erringung eines menschenwürdigen Daseins zum Wohle der Arbeiterklasse. — Reicher Beifall belohnte den Redner am Schlusse seines lehrreichen Vortrags. In der hierauf folgenden regen Diskussion konnte der Referent alle an ihn gestellten Fragen befriedigend beantworten. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden die Anwesenden ermahnt, im Sinne des Referenten zu handeln, Solidarität zu üben, ihren Verpflichtungen gegenüber den streikenden Straßenbahnern nachzukommen, um auch hier wieder dem Magistrat zu beweisen, daß die Arbeiterklasse gewillt ist, ihren Arbeitsbrüder zum Siege zu verhelfen unter dem Wahlspruch: einer für alle — alle für einen.

Stuttgart. In der Mitgliederversammlung am 3. Juni referierte Gauleiter Atoa'er über die Verhandlungen und den Abschluß des Reichsmanntarifs. In der ausgedehnten Diskussion kam allgemein zum Ausdruck, daß der vorliegende Tarif in seiner Gesamtheit keineswegs befriedigt. Auf Antrag des Kollegen Engelhardt wird nahezu einstimmig beschlossen, die bisherige Regelung des Krankenlohns und des Urlaubs beizubehalten. Zu einer am 19. Juni stattfindenden Gaukonferenz wurden 12 Kollegen als Delegierte gewählt. Außerhalb der Tagesordnung trägt ein Vertreter der Erwerbslosen verschiedene Wünsche vor, diese werden der Ortsverwaltung zur Behandlung überwiesen. Auf Antrag eines Kollegen erhebt die Versammlung durch einstimmige Annahme einer Resolution entschiedenen Protest gegen die — durch die württembergische Regierung an dem hier erscheinenden „Kommunist“ — seit längerer Zeit geübte brutale Anbeulung der Pressefreiheit.

Wasserburg (Ann). Bei guter Beteiligung unserer Kollegen wurde nach einer Einleitung durch den Referenten Bettendorfer, München, am 17. April die Stellungnahme unserer Verhandlungsleitung entgegengenommen zu der Forderung, daß die Teuerungsbekämpfungen, die schon an einen Teil der Arbeiter ausgezahlt sind, auch an die noch nicht berücksichtigten Kollegen zur Nachzahlung kommen sollen. In allen Baustellen eines Stubbaumeisterbereichs sei bei Eintritt besonders schlechten Wetters das eigene „Ich“ im Interesse der Solidarität und der Kollegialität der Arbeiterklasse zurückgestellt werden, damit die Einigkeit für eine Erhaltung der derzeitigen Lohnzahlung bei Schiedwetterfeiern erhalten bleibt. Das Betriebsratsgesetz wurde besprochen und Kollege Bürger vorgewählt. Die Ausbildung der Betriebsratsmitglieder soll gefördert werden. Maßnahmen, die zur Erhaltung der Arbeit geplant sind, wurden allseits gebilligt. Von Arbeitgeberseite ist der Gewerkschaftsleiter als gefürchtet, trotzdem ein erhöhter Tarif für die Arbeiter der nordbayerischen Städte schon im Vorjahre genehmigt. Der auf die Arbeiter der südbayerischen Städte in Anwendung kommen soll. Die Arbeitszeit und die Stücklöhne beim städtischen Leinwand sind geregelt, daß sie durch Schlechtwetterfeiern und Überarbeit einen Ausgleich finden. Nach reger Diskussion konnten noch mehrere gewünschte Auskünfte erledigt werden.

♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

Ueber die Streikbewegung in den letzten Monaten gibt die „Soziale Praxis“ ein umfassendes Bild. In den verschiedensten handels- und Industriezweigen wurden Lohnkämpfe, zum Teil mit Erfolg, geführt, jedoch mit nicht geringen Opfern. In Berlin tritten die Handelskassensarbeiter (besonders in den großen Warenhäusern), die Angestellten im Glas- und Keramikgroßhandel, die Angestellten der Metallindustrie, in Potsdam die handels- und transportarbeiter, im Saargebiet die graphischen Arbeiter in wirtschaftliche Kämpfe ein. Ferner wurde in Hamburg, Berlin, auf der Vulkanwerft in Stettin, in der Rathenower Porzellanindustrie und in den Schiffschen Schotterwerken gestreikt. Die Zurückhaltung eines Ueberwachungsorgans durch die Direktion war der Anlaß zu einer ArbeitsEinstellung von 18 000 Arbeitern in Mansfeldischen Kupferhütten bauenden Gewerkschaft. Am 1. Juni hier die notwendige Einheitsfront der Beteiligten nicht durchzuführen. So daß der größere Erfolg auf Seiten der Unternehmer lag. Ein Generalstreik in der Herrenkonfektion mit einer Beteiligung von über 30 000 Arbeitern wurde durch Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium beigelegt. In den Farbwerken in Leberberg wurde durch unverantwortliche Heißsporne ein Zustand herbeigeführt, über dessen Resultat die „Metallarbeiterzeitung“ berichtet: „Den den sonst 8000 Beschäftigten bleiben jzta 2000 auf der Strecke.“ Die Rechte der Arbeiter, die sie sich im Laufe der Zeit errungen hatten, sind größtenteils in Frage gestellt. Es wird an der Arbeiterfront selbst liegen, sich des Ernstes und der Schwere ihrer Lage be-

wußt zu werden, in die sie in unverantwortlicher Weise hineingetrieben wurde.“ Ein Streik in der Wehlarer Metallindustrie, wo stets nur geringe Löhne gezahlt wurden, ist nach dreimonatiger Dauer ebenfalls erfolglos beendet worden. Alle diese Kämpfe zeigen immer wieder die Notwendigkeit des Zusammenhaltens in einheitlichen gewerkschaftlichen Organisationen. Nur dadurch wird es möglich, der Willkür der Unternehmer erfolgreich entgegenzutreten und diese letzten Endes ganz zu beseitigen.

Die Potsdamer Straßenbahnner befinden sich im Lohnkampf. Sie fordern eine Teuerungszulage, wie sie den übrigen städtischen Arbeitern zugestanden wurde. Der Magistrat verhält sich ablehnend, einmal weil die Straßenbahn Defizit mache, zum andern besteshe ein Tarifvertrag mit dem Arbeitgeberverbande, der nicht gebrochen werden könne. Die Straßenbahnner sind deshalb in Streik getreten und finden dabei nicht nur die Unterstützung der Potsdamer städtischen Arbeiter, auch die Kollekversammlung der Betriebsräte der Berliner Straßenbahnner hat ihre vollste Solidarität ausgesprochen und will zur materiellen Unterstützung eine Sammlung veranstalten.

Der Zentralverband der Angestellten hielt in Weimar vom 29. Mai bis 3. Juni seinen ersten Verbandstag ab. Den Geschäftsbericht gaben in ausführlichen Referaten Siebel und Urban. Dem Bericht des Kassierers Bucher entnehmen wir, daß dem Verbande weit über 300 000 Mitglieder angehören (am Jahresschluß 1920 363 521 Mitgl.) und daß ein Gesamtvermögen von 3 596 803 Mark vorhanden ist. Ueber die internationale Bewegung sprach Urban und stellte die Gründung eines Internationalen Bundes der Angestellten in Aussicht. Eine vom Verbandsbeirat vorgelegte Entscheidung besagt, daß Anhänger der kommunistischen Parteien keinerlei Funktionen im Verbande ausüben können; sie wurde mit 63 gegen 59 Stimmen angenommen. Schröder referierte über die Frage des „einheitlichen Arbeitsrechts“ und Brente und Rogon über „Lohn- und Tarifwesen“. Ferner wurde beschlossen, die Beiträge für die Pensionstasse zu erhöhen. Der Verbandstag findet zukünftig alle zwei Jahre statt.

♦ Aus der Praxis der Arbeiterversicherung ♦

Familienversicherung für Krankentassenmitglieder. Die Einführung der Familienversicherung für die Krankentassenmitglieder ist in greifbare Nähe gerückt. In der letzten Zeit fanden Verhandlungen darüber statt zwischen dem Krankentassenverband und dem Vorstand des Groß-Berliner Ärztebundes. Eine im Langenbeck-Birchow-Haus tagende Ärztesammlung erklärte sich fast einstimmig für die Einführung der Familienversicherung. Eine dahinklaurende Resolution kam zur Annahme. Von besonderer Wichtigkeit für die Allgemeinheit ist darin der Passus, der sich auf die Gewährung von freier Arznei und Heilmittel erst. Anstattbehandlung bezieht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß erst diese Maßnahme der Familienversicherung ihre volle Auswirkung auf die Gesundheit der Bevölkerung garantiert. Dem hat auch der sozialdemokratische Ärzteverein, der sich am 6. Juni gleichfalls mit dieser Frage beschäftigte, einmütig Ausdruck gegeben. Es wird jetzt Sache der Kassenvorstellungen und der Kassemitglieder sein, etwaige Widerstände, die sich namentlich in den Kreisen der Arbeitgeberbelegierten in dieser Beziehung zu zeigen scheinen, aus dem Wege zu räumen. Jedenfalls gilt es, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um dieses bedeutungsvolle Wert, dem die Krankentassen seit langem aufstehen — erst kürzlich hat der Direktor der Allgemeinen Ortrkrankenkasse Berlin, Albert Kohn, diese überragende Bedeutung betont — endlich zum Abschluß zu bringen.

♦ Internationale Rundschau ♦

Großbritannien. (Cognforderungen der Straßenbahnner.) Die zur Prüfung der im Oktober 1920 von den Straßenbahnern aufgestellten Lohnforderungen (12 Schilling, wöchentlich für Erwachsene und 6 Schilling für Jugendliche unter 18 Jahren) eingesetzte Kommission hat kürzlich ihren Bericht veröffentlicht. Die Kommission empfiehlt 1., daß alle bisherigen Erhöhungen und Erlose, soweit dies noch nicht geschah, durchgeführt werden; 2., daß die Höhe der Grundlöhne bis Ende 1921 festgesetzt werde; 3., daß der paritätische Industrierat so rasch wie möglich die endgültigen Löhne festsetze und dabei insbesondere die zwischen den Löhnen der verschiedenen Angestelltengruppen bestehenden Beziehungen wie auch Gewinnmöglichkeiten der Unternehmer und die Interessen der Allgemeinheit berücksichtige; 4., daß der paritätische Industrierat die Lage der minderentlohnnten Angestellten prüfe, damit deren Arbeitsverhältnis in einer zufriedenstellenden Form geregelt werden könne. In dem Bericht werden die Erklärungen der Arbeitgeber über die jetzige finanzielle Lage der Unternehmungen besonders unterstrichen. Die Kommission erklärt, daß diese Unternehmungen weiterhin ohne Zuschüsse der Regierung betrieben werden müssen und ohne daß ihre Ueberschüsse zur Vermehrung der Steuereinnahmen solcher Gemeinden verwendet werden, in deren Gebiete ihre Straßenbahnen verkehren.

Rundschau

Ein politischer Mord. Die reaktionäre, konterrevolutionäre bayerische Kahr-Regierung der Pöbner-Escherich-Ludendorff hat wiederum ein Opfer gefordert. Der Vorsitzende der Landtagsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Bayern ist den Kugeln eines heimtückischen Mordbuben zum Opfer gefallen und die bayerische und damit die deutsche Arbeiterbewegung hat einen ihrer tüchtigsten und befähigsten Köpfe verloren. Noch ist Kurt Eisner, Gustav Landauer und viele andere nicht vergessen und schon wieder lechzen die monarchistischen Kreise nach Arbeiterblut. **Sareis**, der diese Feinde der Republik aufs schärfste bekämpfte, der immer wieder und unermüdet für die Erhaltung der Errungenschaften der Revolution tätig war, stand ihnen bei ihrem Vorhaben hindernd im Wege. Die von der Entente geforderte Entlassung der Orgelshanden steigerte ihre Wut und ihren Haß gegen die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft. Diese wollte man treffen und mordete meuchlings ihren Führer. Die Arbeiterschaft Bayerns hat darauf mit einem dreitägigen Generalkrieg geantwortet. Es sind bestimmte politische Forderungen von den 3 sozialistischen Parteien aufgestellt worden. Vor einiger Zeit waren bereits Anschläge auf den Gen. Saenger (SPD.) erfolgt. Der neue Vorgang hat in der Tat dem Haß den Boden ausgeschlagen. Möge die Arbeiterschaft Münchens und Bayerns auch weiterhin allen Anschlägen gegenüber geeint und geschlossen dastehen.

Egoismus und Lebensrecht. Das Proletariat ist der große Gestalter der Daseinsbedingungen. Es will das Leben bilden und formen, daß aus diesem wachsenden Dasein heraus einmal ein neues Menschengeschlecht erblühen kann. Weil das Proletariat so durch praktisches Gestalten des Lebens den sittlichen Boden schaffen will für das Neue, so erregt es den Widerspruch bei all denen, die ein Interesse an der Beibehaltung der bestehenden Verhältnisse haben. Dieser Widerspruch geschieht nicht nur aus einem niedrigen bewußt egoistischen Gefühle heraus; gar viele dieser Gegner möchten gern ernste Wahrheitsfinder sein, aber ihre Erziehung und die Anschauung ihrer Umgebung haben ihr Hirn in eine, die ihre alte verhochterte Auffassung vom Zusammensein eingezwängt, und sie können einfach kein Verständnis besitzen für eine revolutionäre, das heißt eine von Grund aus neuartige Erkenntnis der Lebensentwicklung. Es ist im tiefsten Grund nichts als Egoismus, der sich da von außen einzwängen läßt. Die große Seele muß frei sein. Sie muß über dem Luge schweben und frei von den Ketten erbitterter Urteile das Leben betrachten. Und weil es Egoismus ist, der das Charakteristikum dieser alten Weltanschauung ist, so ist es verständlich, wenn diese Gegner auch beim proletarischen Kampfe denselben Kern vermuten, daß ihnen eine anders geartete Auffassung des Lebens eben absolut nicht begreifbar ist. Und selbst wenn diese Gegner nicht umhin können, den hohen sittlichen Gedanken des proletarischen Kampfes anzuerkennen, so leugnen sie seine Erreichbarkeit wegen des Egoismus, der dem Menschen eigen sei und der eben der Kern ihrer Weltanschauung ist. Und so sehen diese Gegner auch das proletarische Ringen des Tages nicht als das, was es ist, als Etappen zum Ziele der neuen Welt. Sie erkennen in diesem proletarischen Kampfe nichts als das Streben des Egoismus, und verwechseln damit die Begriffe: Egoismus und Lebensrecht. Wenn das Proletariat eintritt für gesunde Arbeitsbedingungen und für die wirtschaftlich-soziale Gestaltung des Daseins, so verlangt es damit nichts als ein Stück dessen, das bereits einmal im vollen Umfange sein wird: ein Stück seines Lebensrechts. Es ist ein Recht, das da verlangt wird, und es ist eine Pflicht, dieses Recht zu verlangen, da so nur die Entwicklung hinausgeführt wird zur Welt der Gerechtigkeit. Jeder soll sein Lebensrecht haben und das Ganze soll sein eine Harmonie von Brüdern des Lebensrechts. Keine Spur von Egoismus birgt dieser Gedanke in seinem Schoße, denn Egoismus ist das Streben nach mehr als dem Lebensrecht, nach Bevorzugung gegenüber den anderen, nach Benachteiligung des Ganzen zum Vorteile einzelner, wie es in den kapitalistischen Interessensverbänden der Fall ist. Wenn sich auch bei Proletariern als Kindern des Heute öfters der Egoismus durchdringen möchte: der proletarische Kampf als solcher ist frei davon. Der proletarische Zusammenstoß, der proletarische Streit, sie verlangen nimmermehr ein Einzelrecht. Das Lebensrecht wird verlangt. Und darum ist es ein tiefer sittlicher Kern, der unserem Kampfe innewohnt. Es ist bezeichnend für die gegnerische Auffassung des Lebens, daß sie für derartige sittliche Werte kein Verständnis hat und nicht einmal etwas Ahnen von diesem großen Sittlichen des proletarischen Kampfes in sich fühlt.

Neuregelung des Lohnabzugs. Die neuerdings durch die Tagespresse gehenden Mitteilungen über eine geplante Neuregelung des Steuerabzuges vom Arbeitseinkommen bedürfen einer Ergänzung und Richtigerstellung. Tatsache ist, daß die Finanzverwaltung beab-

sichtigt, die Besteuerung des Arbeitseinkommens demnächst auf eine andere Grundlage zu stellen, und zwar soll versucht werden, eine vereinfachte Handhabung des Abzugsverfahrens möglichst schon am 1. Juli 1921 eintreten zu lassen. Es handelt sich im wesentlichen darum, das bisherige Verfahren, das bei allen Lohn- und Gehaltsempfängern eine spätere Abrechnung (Veranlagung) bedingt, in die endgültige Abtragung der Steuerpflicht für das Arbeitseinkommen gleich an der Quelle (bei der Lohnauszahlung) umzuwandeln. Die Vorverhandlungen, zu denen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise hinzugezogen wurden, stehen gutem Vernehmen nach vor dem Abschluß, und es wird in der allernächsten Zeit eine Novelle zum Einkommensteuergesetz den gesetzgebenden Körperschaften zugehen. Durch die vereinfachte Besteuerung des Arbeitslohnes soll erreicht werden, daß bei Arbeitseinkommen unter 24 000 Mk. (Lohn oder Gehalt einschließlich aller Nebenbezüge) keine Veranlagung mehr nötig sein wird. Das wird deshalb nicht erreicht werden, weil die gesetzlichen Versicherungsbeiträge, weiterhin die sich aus § 1 des Einkommensteuergesetzes ergebenden steuerfreien Kosten (z. B. Lebensversicherungs-, Sterbefallbeiträge, Beiträge für Berufsvereinigungen usw.) und die sogenannten Werbungskosten (Wohnungsgeld, Arbeitskleidung usw.) in Zukunft mit einem Pauschalbetrag — voraussichtlich 1800 Mk. jährlich — abgegolten werden sollen. Eine Veranlagung wird dann nur noch erforderlich sein, wenn dieser Pauschalbetrag wesentlich überschritten wird, oder wenn ein Arbeitnehmer durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse, wie Krankheit in der Familie, Unfälle usw. in mißliche Verhältnisse geraten ist. Eine weitere Erleichterung für Lohn- und Gehaltsempfänger ist in den Fällen geplant, wo mittellose Angehörige vom Arbeitnehmer unterhalten werden müssen. Für diese wird gleichfalls ein bestimmter Betrag von der Steuer in Abzug gebracht werden können. Ueber die Höhe für Werbungskosten, persönliche Steuerfreiheit des bisherige steuerfreie Existenzminimum usw. läßt sich vor Abschluß der Beratungen nichts Endgültiges sagen. Am wesentlichen dürfte aber die Höhe der bisherigen Höhe unverändert bleiben. Die geplante Umstellung des Abzugsverfahrens besteht also lediglich darin, daß nicht mehr vom Einkommen (Lohn oder Gehalt) entsprechende Teile vom Abzug befreit werden, sondern daß von jedem Bruttoverdienst zunächst 10 Proz. errechnet und von diesem Betrag die durch die Novelle festzusetzenden Abschläge (d. h. die steuerfreien Teile) gestrichen werden. Die bisher dem Arbeitgeber obliegende Feststellung, welche Beträge vom Lohn oder Gehalt abzugsfrei zu lassen sind, fällt künftig weg. Das wird in Zukunft Sache der Behörde sein. Dem Arbeitgeber wird künftig nur der glatte Betrag des Abschlages bekanntzugeben werden, den er von dem schon jetztigen Lohnanteil abzusetzen hat. Ueber die Einzelheiten des Verfahrens Näheres mitzuteilen ist im gegenwärtigen Stadium nicht möglich. Soviel steht jedenfalls fest, daß für alle Beteiligten — Arbeitgeber und Arbeitnehmer) durch die Neuregelung des Lohnabzuges wesentliche Erleichterungen erreicht und aller Wahrscheinlichkeit nach auch erzielt werden. Die auf diese Weise ersparte Arbeitskraft wird, was in Zeiten stärkerer wirtschaftlicher Spannung besonders notwendig erscheint, zur besseren Erhaltung des Einkommens der freien Berufe verwendet werden können.

Das zweite Arbeiter-Turn- und Sportfest des 4. Kreises (Sachsen) am 6., 7. und 8. August in Dresden wird das größte sein, was bisher im Arbeiter-Turn- und Sportbund gefeiert wurde. Über 10 000 Freiwildgasturner wird bestimmt anzurechnen. Zum 1. April 1910 in Chemnitz marschierten 5000 Mann auf. Die einmalige Zunahme an neuen und ehemals der Deutschen Turnerschaft zugehörigen Vereinen wird den Arbeiter-Turn- und Sportbund in Sachsen in einem Aufwache zeigen, wie ihn andere Sportorganisationen nicht größer zu zeigen vermögen. Die dem Arbeiterturnfreundlichen gesinnten Kollegen, die zur Zeit des Festes Ferien haben, werden die Anregung einer Ferienreise nach Dresden ganz gewiß begrüßen. Anschließend an das Fest finden Wanderungen, die die herrlichsten Punkte der Sächsischen Schweiz berühren, unter kundiger Führung statt. Anfragen richtet man an Kurt Pöschke, Dresden, Concordienstraße 59, 2.

Einen Zentralfeststellennachweis für die Angestellten in der Arbeiterbewegung hat der ADGB eingerichtet. Zu offenen Stellen werden im „Korrespondenzblatt“ veröffentlicht. Zu Bewerbungsschreiben sind an den Zentralfeststellennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin S. O. 18, Engelauer 15 zu richten, von wo auch schriftliche Auskunft erteilt wird.

Eingegangene Schriften und Bücher

„Der wahre Jacob“. Wochenchrift. Nr. 12. XXXVIII. Heft 3. J. S. B. D. i. e. h. Nachf. G. m. b. H., Stuttgart. Preis 60 Pf.

La liberté syndicale en Hongrie. Documents rapportés à la Mission d'information du Bureau international du Travail (Août-septembre 1920). Genève 1921. Bureau international du Travail. Prix: 3 fr. suisses (5 fr. français).